



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die finanzielle Einverleibung Hannovers.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Ist der norddeutsche Bund einmal constituirt und gesichert, so wird es Zeit sein, sich wenigstens der „nationalen Verbindungen“ zu erinnern, auf welche selbst der Vertrag von Nikolsburg ein Anrecht giebt. 7.

### Die finanzielle Einverleibung Hannovers.

Die „Betrachtungen über die Staatseinnahmen und Ausgaben in Preußen und Hannover und über einen für Hannover zu bildenden Provinzialfonds“, welche der vormalige Finanzminister Gryllsen unlängst hat erscheinen lassen, nähern sich der Objectivität etwas mehr als Stüves leidenschaftliche und sophistische Parteischrift, aber lange nicht in demselben Maße wie die vortreffliche Schrift Benings. Ihr Verfasser hat den Kummer über den Untergang des selbständigen Staats Hannover noch durchaus nicht überwunden, und dieses Schmerzgefühl färbt seine Aeußerungen, trübt seinen Blick. Aehnlich wie Stüve, ist er im Augenblick geneigt, Hannover als das verwirklichte Muster eines Staats anzusehen; wogegen Preußen nur seine Kritik herausfordert. Dabei fehlt es ihm in einem Grade, welcher überrascht, an jeder Würdigung der allgemeinen nationalen Interessen. Wenn dieser an und für sich wohlgesinnte, redliche, gemäßigte und einsichtsvolle Mann ein getreuer Typus des höheren hannoverschen Beamtenstandes ist, wie man allen Grund hat anzunehmen, so muß man ernstlicher als jemals wünschen, daß die preussische Regierung Mittel finde, die ausschlaggebende Betheiligung dieser Classe an der Reorganisation des Landes als einer preussischen Provinz auf ein Minimum herabzudrücken — denn sie sind eingelebte Particularisten, deren tiefe Verbitterung gegen Preußen weder von lebendiger Vaterlandsliebe noch von einer höheren staatsmännischen Auffassung gemildert wird. Sollte es unvermeidlich sein, daß ein paar Exemplare dieser Gattung im norddeutschen Reichstag und im preussischen Landtag erscheinen, so wollen wir uns einen Gryllsen immer noch lieber gefallen lassen als einen Stüve. Besser aber werden die Hannoveraner für sich selbst und für das Allgemeine sorgen, wenn sie einen Mann wie Bening unter Seinesgleichen den Vorzug geben. Nur ein solcher wird durch moralische Autorität dem Mangel juristischer Schranken gegen das vae victis — falls es jemals drohen sollte — abhelfen können.

Der Hauptzweck der erglebenschen Schrift, vom Staate Hannover so viel als möglich zu retten, wird auf keinen Fall erreicht werden. Ein solches Maß von innerer Selbstständigkeit oder noch eine Kleinigkeit mehr, ließ sich als definitives Ziel ins Auge fassen solange das Welfenhaus den Thron noch nicht verwirkt hatte. Aber da man zu jener Zeit in Hannover, unter Mitschuld des Herrn Ergleben, von dergleichen vernünftiger und patriotischer Selbstbescheidung weit entfernt war, so heißt es nun sich in den Rahmen einer preussischen Provinz schmiegen. Daß dieser nicht einerseits die Einnahmen aus den Gerichtsgebühren, den Forsten und den Domänen, andrerseits die Ausgaben für Aemter und Amtsgerichte zu gesonderter Finanzverwaltung überlassen werden können, wird kein Unbefangener nur einen Augenblick bezweifeln. Herr Ergleben freilich scheint sich schon nicht ohne Mühe zu der Einsicht zu erheben, daß der preussische Staatshaushalt im Uebrigen und Allgemeinen den hannoverschen verschlingen muß. Die Ausscheidung eines Provinzialfonds von mehr als zwei Millionen Thaler jährlicher Einnahme und Ausgabe dünkt ihm eine Forderung klarer Gerechtigkeit. Dabei sind seine Motive häufig ganz particularistisch-sentimental. Die Gerichtsgebühren z. B. will er nicht nach Berlin abfließen, sondern sich in Hannover sammeln sehen, um desto sicherer zu sein, daß die preussische Toge nicht auf Hannover Anwendung finde. Nun kann man die preussische Toge übertrieben und die hannoversche hinlänglich hoch finden, und muß doch lächeln, wenn Herr Ergleben in seinem Eifer die Einführung der preussischen Toge in seinem Heimathlande als ein „namenloses Unglück“ perhorrescirt. Unwillkürlich fühlt man sich vor solchen declamatorischen Uebertreibungen zu dem Wunsche aufgelegt, der Versuch möge gemacht und der Unglücksprophet durch die Erfahrung am eigenen Leibe beruhigt werden. Mit gleichem Lächeln werden vermuthlich selbst die gelasseneren unter den hannoverschen Lesern der Schrift gelesen haben, wie „die wirthschaftlichen Zustände des Landes schon dadurch untergraben werden müssen, daß sein entthrontes Herrscherhaus nach fast tausendjähriger Verbindung mit dem größten Theile des Landes nun genöthigt ist, die ihm aus seinem reichen Domänio gebührenden Einnahmen nach dem Auslande hinüberzugiehen, und dem Lande gar keine Garantie dafür gegeben ist, daß die bewährte Ordnung seiner Verwaltung und Rechtspflege nicht geändert, sein ausgezeichnete Beamten- und Richterstand in auskömmlicher Lage erhalten und dadurch in seiner Unabhängigkeit und Zuverlässigkeit gesichert, endlich aber alle die andern Anstalten und Einrichtungen, die das Land durch eigne Kraft und Thätigkeit geschaffen, mit Liebe gepflegt und gefördert hat, ihm erhalten, den Bedürfnissen und Besonderheiten entsprechend weiter entwickelt oder doch mit schonender Hand umgebildet werden.“ Wie kann der bloße Mangel einer Garantie für diese Postulate dazu beitragen, daß die wirthschaftlichen Zustände des Landes „untergraben werden?“ Und wie kann die so begonnene „Unter-

grabung“ dadurch vollständig werden, daß eine halbe Million Thaler von den im Lande gewonnenen Einkünften fortan, statt an die Hofouvriers der Stadt Hannover, an die Läden und Magazine Wiens oder Londons abfließen? Ohnehin thut ja König Georg das Seinige, den augenblicklichen materiellen Verlust seiner früheren Residenzstadt wieder groß ausfallen zu lassen, indem er dort Schriftsteller und Druckereien füttert, die in seinem Sinn und Interesse den kleinen Krieg gegen Preußen fortsetzen. Das Körnchen Wirklichkeit aber, das in jener aufregenden Tirade steckt, wird mehr als aufgewogen durch die heilsamen wirthschaftlichen Folgen der Annexion, die Entfesselung des Unternehmungsgeistes und der Arbeit auf allen Gebieten. Von den hier nachzuholenden schweren und zahlreichen Unterlassungssünden scheint dem ehemaligen Minister Georgs des Fünften weniger bewußt zu sein, als wir von seiner sonstigen Einsicht erwarteten. Hat der Dust einer so kurz zurückliegenden Vergangenheit ihm das alte Hannover bereits ganz idealisirt? Die Einseitigkeit des Parteigeistes begleitet ihn freilich auch durch seine Zifferaufstellungen, wo er der Tendenz, Hannovers Finanzlage möglichst günstig zu schildern, die objective Gerechtigkeit nicht selten opfert, auf der hannoverschen Seite z. B. alle voraus-  
 zusehenden Mehrerträge über den Etatszins hinaus genau berücksichtigt, auf der preussischen Seite aber nicht dergleichen. Seine Schrift ist eben durchaus ein Plaidoyer, keine objective Vergleichung.

Wir wollen uns ihr Ergebnis aber gefallen lassen. Es soll so sein, daß Hannover bisher für Zwecke der innern Verwaltung, für Besoldungen, Ruhegehalte u. s. f. mehr thun konnte als Preußen. Wir fragen nur: weshalb? War es nicht einfach deshalb, weil Preußen zu Lande und zur See seit Jahrzehnten den militärischen Schutz Hannovers in der Weise mitübernommen hat, daß dieses weniger als seine rechtmäßige Quote zu leisten braucht? Diese Mehrleistung Preußens beträgt im Armeebudget allein verhältnißmäßig die Hälfte dessen, was Hannover bisher ausgegeben,  $1\frac{1}{4}$  bis  $1\frac{1}{2}$  Millionen Thaler jährlich; das Marinebudget, die Ausgaben der Kreise für Militärzwecke, die Opfer der Einzelnen bei allgemeiner Wehrpflicht und viel längerer Dienstzeit sind dabei noch gar nicht angeschlagen. Ist nun die bisher bestehende allgemein anerkannte Ueberbürdung Preußens zu Gunsten des übrigen Deutschland oder mindestens Norddeutschland in aller Welt ein Grund, die altpreussischen Provinzen auch ferner zu überbürden? Sie, wenn auch nicht mehr direct bei Militär und Flotte, doch dadurch indirect in Nachtheil zu stellen, daß die Früchte jener langjährigen Ersparniß der neuen Provinzen, die werthvolleren gemeinnützigen Anlagen oder Einrichtungen, welche mehr laufende Kosten bedingen, um jeden Preis ihnen nach wie vor allein zu Gute kommen sollen und dieser Rücksicht jede andere der Rechtsgleichheit wie der Staatseinheit geopfert wird, während die Früchte der Mehrleistung des bisherigen Preußen, d. h. die Wiedergeburt des leidenden

Vaterlandes, doch allen gleichmäßig zu Gute kommen? Dies muß der leitende Gesichtspunkt jeder Untersuchung sein, welche Ausgleichung zwischen den Finanzverhältnissen der neuen und der alten preussischen Landestheile zum Gegenstande hat. Mit ihm gelangt man nicht zu so ungeheuerlichen Forderungen, wie sie Herr Erxleben stellt, der einen Staat im Staate begründen möchte; aber die rechtmäßigen und wohlverstandenen Interessen Hannovers zu wahren schneidet auch er keineswegs ab, wie wir gleich darthun wollen.

Zu diesen Interessen gehört es nicht, daß die Gerichtsgebühren in eine zu Hannover aufgestellte Kasse fließen, statt in die berliner Centralkasse, sondern lediglich, daß die bewährten Formen der Rechtspflege erhalten werden; und dagegen hat niemand in Berlin etwas einzuwenden, selbst der jetzige Justizminister nicht. Zu den rechtmäßigen und wohlverstandenen Interessen Hannovers gehört ferner nicht ein Provinzialbudget von so unerhörtem Umfang, wie die Eifersucht des vormaligen Finanzministers es vorschlägt. Es gehört auch nicht dazu, daß die Ausgaben zur Beförderung der Landwirthschaft und Viehzucht genau so fortgezahlt werden wie bisher, denn in Hannover selbst sind die Sachverständigen z. B. höchlich zweifelhaft, ob die 40—45,000 Thlr., welche auf das Landgestüt in Celle verwendet werden, der einheimischen Pferdezuucht nachgrade nicht mehr Fluch als Segen bringen. Herr Erxleben ist in dieser Beziehung auffälligerweise ebenso naiv-gläubig, wie sein Gesinnungsgenosse und Vorgänger Stüve an die Wunderkraft von Staatsausgaben zur Beförderung des Handels glaubt. Dagegen gehört es auch unserer Meinung nach zu den berechtigten Wünschen der Provinz Hannover, daß ihr Steuerwesen nicht ohne weiteres gegen das nur wenig bessere preussische ausgetauscht werde. Vielmehr müßte einer solchen Verschmelzung die Reform des preussischen Steuerwesens jedenfalls vorausgehen, und diese nimmt man füglich erst vor — wird auch früher gar keine Zeit dafür haben —, wenn die Vertreter Hannovers im preussischen Landtag sitzen, und wenn der Reichstag mit den Regierungen die Finanzverfassung des Bundes festgestellt hat. Der danach dann eintretenden Mehrbesteuerung der Hannoveraner im Ganzen oder im Einzelnen aber wird die preussische Regierung nicht besser den Stachel ausziehen können, als wenn sie sich gewisse Pläne zur Hebung der materiellen Interessen aneignet, die zur Zeit des erxlebischen Ministeriums zwischen diesem und den ständischen Führern, R. v. Bennigsen, Miquel, Grumbrecht u. s. w., festgestellt oder vorbereitet wurden, insbesondere einen Plan zur Beschleunigung der Ablösung aller noch übrigen feudalen Dienste, und den Plan, binnen zehn Jahren das Landstraßennetz der Provinz durch fast 300 Meilen neuer Kunststraßen auf den höchsten Punkt verkehrentbindender Dichtigkeit zu bringen. Wir wollten, Herr Erxleben hätte in die Uebertragung dieser wahrhaft werthvollen, wenn auch zunächst zu Leistungen verpflichtenden Erbschaft auf Preußen, den Schwerpunkt seiner

Schrift gelegt; er würde damit selbst seinem Heimathlande, das ihm anscheinend allein am Herzen liegt, einen wirksameren Dienst geleistet haben als indem er sich unter die Anwälte des verlorenen Particularismus gesellte.

## Die letzten Monate des deutschen Buchhandels.

Der Landkartenverkauf tritt in friedlichen Zeiten gegenüber den andern Zweigen buchhändlerischer Thätigkeit stark in den Hintergrund. Der Verlag sorgt für den regelmäßigen Bedarf der Schulen und Reisenden; auch widmet er sich dann der ruhig fortschreitenden Aufnahme des Vaterlands und fremder Gebiete. Wenn aber der Sturm über die Länder fährt und die übrigen Zweige des Buchhandels gelähmt daniederliegen, entwirft der Kartenzeichner seine Kriegskarten. Kiepert brachte eine neue historische Karte von Preußen, eine neue Karte von Deutschland und eine Uebersichtskarte von Mitteleuropa mit neuem Colorit. Dann erschien, um nur noch wenige zu nennen, eine größere „Organisationskarte“ von Deutschland in München und als cartographisch officiellcs Organ die „Karte vom preussischen Staate in zwölf Blättern“ (vierte Auflage), herausgegeben vom Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. Sie enthält in genauester Ausführung die politischen Veränderungen, die der Sommer 1866 Deutschland brachte. Nur als Curiosität sei hier noch erwähnt „Das Europa des Friedens“ (in Neu-York erschienen) und „Neueste Karte von Deutschland mit sonderbaren Randzeichnungen“ von F. Mäusle. — Und als mit den nach Süden ziehenden Schwalben auch der freiaufathmende Deutsche wieder an die alten Geschäftsreisen oder an einen kleineren Ausflug zur Erholung dachte, da kamen die Post- und Reisefarten wieder aus ihrem Versteck und erlitten, soweit sie die politischen Grenzen verzeichnen, manche eingreifende Veränderung. Jetzt sind wir wieder in dieser Hinsicht im alten Geleise und nur kurzer Zeit bedarf es, so haben auch die Geographen in ihren Büchern anerkannt, was die Kartenzeichner im Augenblick seines Entstehens zu Papier brachten. Nur zeitweise wird man noch durch das Erscheinen von Plänen der einzelnen Schlachtfelder — ich nenne z. B. die petermannsche Karte von Königgrätz, die Karte des Schlachtfeldes bei Königgrätz, (Wien, Gerold) und den Plan des Schlachtfeldes von Langensalza — daran erinnert, daß kaum erst die Diplomaten die Friedenspfeife zusammen rauchten.